

Die Entwicklung der Briefwahl zum Massenphänomen im Spiegel der Bundestagswahlen

Michael Haußmann

In Deutschland wurde zur Bundestagswahl 1957 die Möglichkeit der Briefwahl eingeführt. Von diesem Zeitpunkt an konnten auch Wahlberechtigte, die körperlich nicht in der Lage waren, das Wahllokal aufzusuchen, sich am Wahlsonntag außerhalb ihres Wahlbezirks aufhielten oder aufgrund eines beruflichen Einsatzes keine Zeit hatten, ihre Stimmen abgeben. Der wichtige Wahlrechtsgrundsatz der Allgemeinheit der Wahl war somit sichergestellt.

Bis zur Änderung des Bundeswahlrechts im Jahr 2008 mussten dabei die Verhinderungsgründe durch Ankreuzen auf dem Wahlscheinantrag angegeben werden. Da ein Überprüfen der Gründe faktisch nicht möglich war, verzichtet der Gesetzgeber seit der letzten Bundestagswahl auf die Begründung, die Briefwahl steht somit jedem offen.

Entwicklung des Briefwähleranteils

Zu Anfang stellte die Briefwahl noch den vom Gesetzgeber beabsichtigten Ausnahmefall dar, bei der Bundes-

tagswahl 1957 wählten in Stuttgart vergleichsweise geringe 7,7 Prozent aller Wähler per Wahlbrief. Ab den 90er-Jahren stieg der Anteil deutlich an und erreichte bei der Bundestagswahl 2009 mit 26,2 Prozent einen neuen Rekordwert. Die Werte für Stuttgart liegen insbesondere seit den 90er-Jahren deutlich über dem Bundesschnitt (vgl. Abbildung 1).

Altersstruktur der Briefwähler

Wie ein Vergleich der Briefwahlbeteiligung nach dem Alter der Wähler 1972 und 2009 zeigt, hat sich strukturell nur wenig verändert: Überdurchschnittlich hoch ist der Anteil bei den „jungen mobilen“ und der „älteren“ Wähler. Der Abstand zu den anderen Altersgruppen hat sich relativ gesehen allerdings verringert. Dies dürfte vor allem damit zu erklären sein, dass die Mobilität im Berufsleben und im Freizeitverhalten zugenommen hat. Die einzige Strukturabweichung ist bei den „Erstwählern“ zu erkennen: 1972 war die Briefwahlbeteiligung in dieser Gruppe noch überdurchschnittlich, heute wählt keine

andere Gruppe anteilmäßig so selten per Brief. Der „Reiz des Neuen“ scheint die Jungwähler zur Stimmabgabe eher ins Wahllokal zu führen (vgl. Abbildung 2).

Regionale Unterschiede beim Briefwähleranteil

Da die gesetzlichen Rahmenbedingungen bei der Bundestagswahl im gesamten Bundesgebiet dieselben sind, könnte man meinen, dass es keine regionalen Unterschiede bei der Briefwahlbeteiligung gibt. Dem ist aber keineswegs so: In Bayern ist der Briefwähleranteil mit 29,1 Prozent mehr als doppelt so hoch wie in Sachsen-Anhalt (13,8 %). Baden-Württemberg liegt mit 19,0 Prozent leicht unter dem Bundesschnitt (vgl. Tabelle 1).

An der Spitze der 299 Wahlkreise liegt mit Würzburg folglich ein bayerischer: Dort haben 36,2 Prozent aller Wähler ihre Stimme per Brief abgegeben. Der Kreis mit der geringsten Briefwahlbeteiligung ist Börde – Jerichower Land im nördlichen Sachsen-Anhalt mit 11,0 Prozent.

Betrachtet man die Karte der Wahlkreise, fällt auf, dass die Briefwahlbeteiligung in den Großstädten höher ist als in ländlichen Kreisen (vgl. Karte 1). „Hauptstadt der Briefwahl“ ist München: Mehr als ein Drittel der Wähler stimmten schon vor dem Wahltag ab. Stuttgart liegt mit 26,2 Prozent auf Rang 7 unter den 15 größten Städten (vgl. Tabelle 2). Den Rekordwert stellte die Gemeinde Rothenbuch. In der nordbayerischen Spessartgemeinde stimmten 54,1 Prozent der Wähler schon vor dem Wahltag ab. Über 50 Prozent Briefwähler wurden auch in den bayerischen Gemeinden Mitlenwald, Obernzell, Rottach-Egern und Oberstdorf verzeichnet. Am anderen Ende der Tabelle stehen die sächsischen Gemeinden Thermalbad Wiesenbad im Erzgebirge (5,9 %) und Narsdorf bei Leipzig (5,3 %).

Abbildung 1: Briefwähleranteil bei den Bundestagswahlen in Stuttgart und Deutschland seit 1957

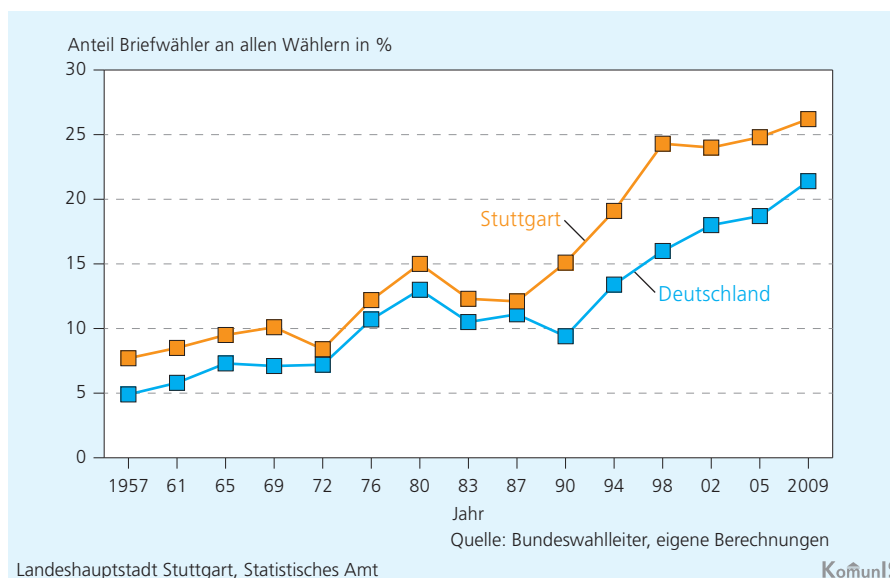


Abbildung 2: Briefwähleranteil bei den Bundestagswahlen in Stuttgart 1972 und 2009 nach dem Alter der Wähler

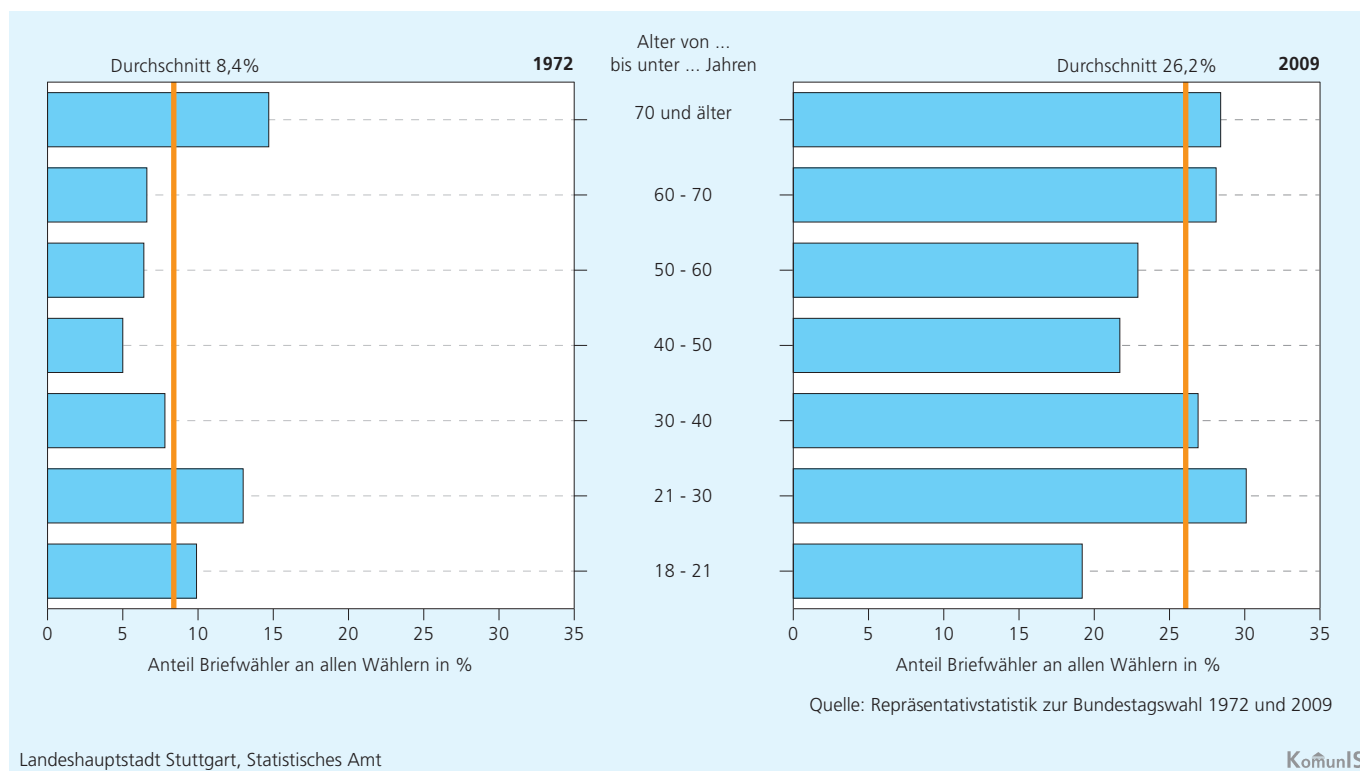


Tabelle 1: Briefwähleranteil bei der Bundestagswahl 2009 nach Bundesländern

Land	Anteil Briefwähler an allen Wählern
	%
Bayern	29,1
Hamburg	28,6
Berlin	26,5
Rheinland-Pfalz	26,5
Nordrhein-Westfalen	23,4
Saarland	21,7
Deutschland insgesamt	21,4
Hessen	19,4
Bremen	19,2
Baden-Württemberg	19,0
Niedersachsen	16,2
Sachsen	16,1
Thüringen	15,5
Brandenburg	15,4
Mecklenburg-Vorpommern	15,4
Schleswig-Holstein	15,4
Sachsen-Anhalt	13,8

Quelle: Bundeswahlleiter, eigene Berechnungen

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KoMunIS

Tabelle 2: Briefwähleranteil in den Städten mit mehr als 300 000 Wahlberechtigten bei der Bundestagswahl 2009

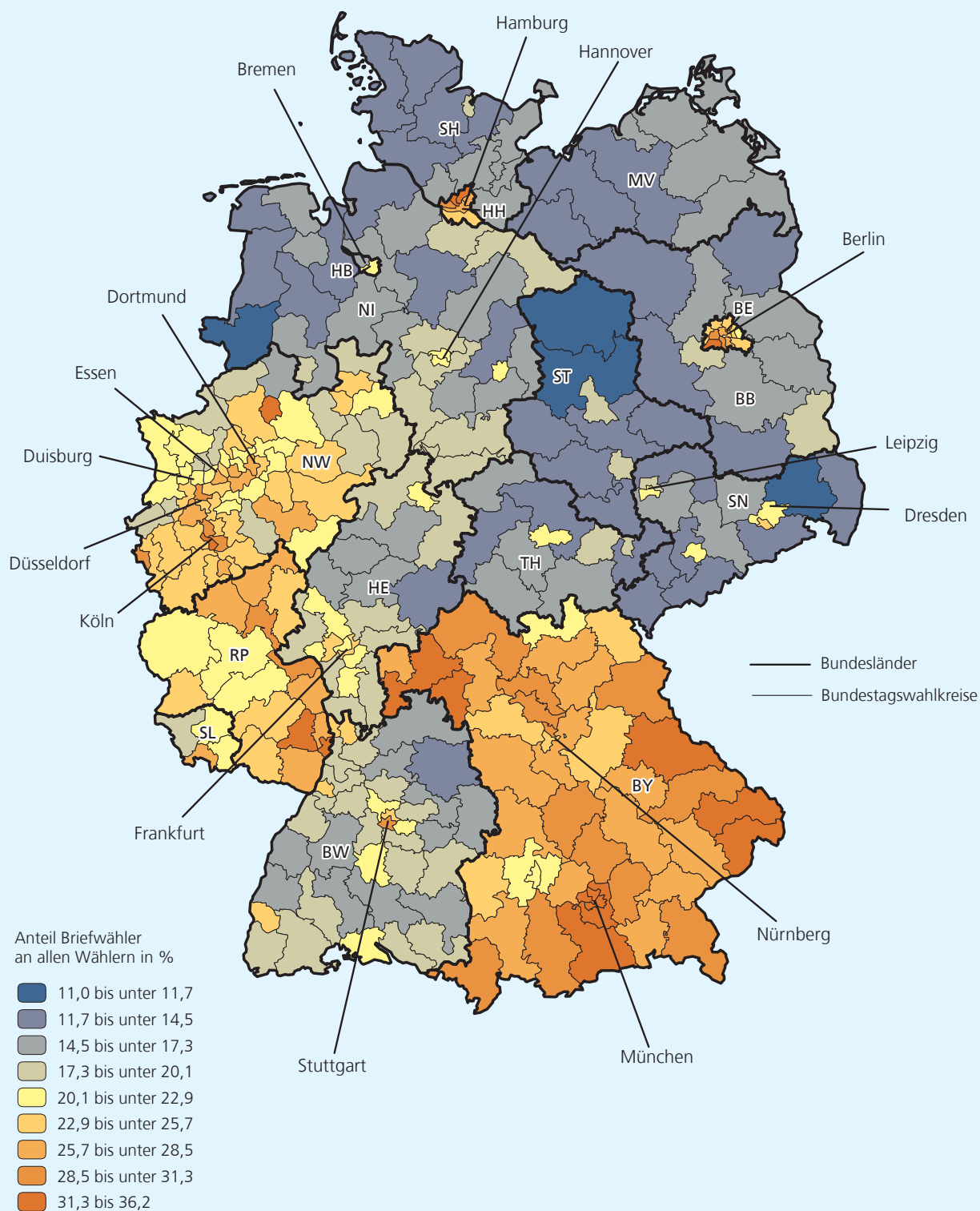
Land	Anteil Briefwähler an allen Wählern
	%
München	34,3
Köln	30,4
Hamburg	28,6
Nürnberg	27,5
Düsseldorf	26,7
Berlin	26,5
Stuttgart	26,2
Essen	25,2
Dortmund	25,1
Frankfurt am Main	23,3
Dresden	22,5
Deutschland insgesamt	21,4
Duisburg	20,9
Leipzig	20,9
Hannover	20,4
Bremen	20,1

Quelle: Bundeswahlleiter, eigene Berechnungen

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KoMunIS

Karte 1: Briefwähleranteil bei der Bundestagswahl 2009 nach Wahlkreisen



Quelle: Bundeswahlleiter, eigene Berechnungen